

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1870

4.2.1870 (No. 29)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 29.

Freitag, 4. Februar
Preis 1 R. 18 Kr. durch die Post bezogen 1 R. 38 Kr. vierteljährlich.

Freitag, 4. Februar

Preis für den Abnehmer:
die gewöhnliche Portofree oder deren
zum 3 Kreuzer.

1870.

Die Adressdebatte in Bayern.

Ein Münchener Privattelegramm der „Fr. Z.“ v. 2. d. meldet: Das Präsidium des Reichsraths empfing heute eine königl. Mittheilung, nach welcher der König die Annahme der Adresse verweigert, weil dieselbe nicht dem versöhnlichen Sinne der Thronrede entspreche und weil das Mißtrauensvotum gegen das Ministerium unbegründet sei. Der „A. Z.“ wurde aus München geschrieben, der König habe den Prinzen, welche gegen das Ministerium gestimmt, einen Verweis, und den Prinzen Otto, Ludwig und Leopold die Weisung ertheilt, bis auf Weiteres nicht mehr bei Hof zu erscheinen.

Der Wiener Offiziale der „Fr. Z.“ schreibt vom 31. Jan.: Dem Vernehmen nach ist der Gang, welchen die Dinge in Bayern genommen, für die dortige Regierung eine Veranlassung gewesen, sich vertraulich über die Stellung zu informieren, welche Oesterreich derjenigen Frage gegenüber einnehmen werde, die den Kernpunkt der Lage bildet — der deutschen Frage. So viel ich höre, hat man sich diesseits ohne Zögern dahin ausgesprochen, daß das Interesse Oesterreichs an den in Deutschland noch offen gebliebenen Fragen lediglich in dem Wunsche wurzele, keine Zustände geschaffen zu sehen, welche den allgemeinen Frieden gefährden könnten, daß es aber im Uebrigen Angeichts jener Fragen sich auf den Standpunkt vollständiger Enthaltung gestellt habe und diesen Standpunkt streng festzuhalten entschlossen sei.

Die „Warte“ hat ein Telegramm aus München vom 1. d., welches meldet: Herzog Karl Theodor ist bemüht, die Differenzen mit den Prinzen auszugleichen. Es ist ein guter Erfolg zu hoffen. Die Adressangelegenheit ist noch unentschieden.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Samstag den 29. Jan. bei Beginn der allgemeinen Debatte über den Adressentwurf und gleichzeitig auch über die von der Fortschrittspartei eingebrachten Modifikationsanträge, erklärte der Referent des Adressausschusses Dr. Jörg, er habe die königlichen Worte, daß dem Lande aus der jetzigen Kammer Glück und Heil erwache, unter dem Appell an Aller Vaterlandsliebe Treue und Einsicht, und daß die maßvolle Haltung zur Verhütung des Landes beitragen werde, als zu seiner Person gesprochen erachtet, nachdem ihm nämlich die schwierige Aufgabe geworden, den Entwurf der Adresse zur Vorlage an die Kammer auszuarbeiten. Dr. Jörg fügte bei: Die maßvolle Haltung jedoch, zu der wir gemahnt worden sind, hindert uns nicht, unserer Stellung dem Lande gegenüber gerecht zu werden, und freimüthig Alles zu sagen, was uns das Herz gebet. Der Entwurf enthält nur einen Umriß unserer Wünsche, das Nähere muß der Debatte vorbehalten bleiben; an der Redner sich jedoch im jetzigen Momente noch nicht betheiligen will.

Sofort nahm der Ministerpräsident Fürst Hohenlohe das Wort. Er. Durchlaucht äußerte:

Laut Inhalt des Adressentwurfes soll er das Vertrauen des Landes nicht besitzen. Die Adresse aber gebe keinen Grund hierfür an; sie verweise nur auf die Krisis und die Deutung der Verträge. Wenn ihm die Majorität des Ausschusses nicht die Fähigkeit vertraue, die Verträge umzudeuten, so wolle er darüber nicht streiten, dagegen aber, um der Debatte eine positive Grundlage zu geben, über seine dreijährige Amtsthätigkeit Rechenschaft ablegen. Der Hr. Fürst that dieses nunmehr, und stellt am Schlusse seiner Rede das Verlangen, daß man klar und offen sage, warum er das Vertrauen der patriotischen Partei nicht habe.

Hierauf Referent Dr. Jörg:

„Ich hätte nun die Aufgabe, das in der Adresse ausgesprochene Mißtrauensvotum gegen den Hrn. Fürsten von Hohenlohe zu begründen. Für heute kann ich dieser Verpflichtung nicht nachkommen, da auf der Tagesordnung die allgemeine Adressdebatte steht und sich bereits mehrere Herren zur Betheiligung an der Debatte gemeldet. Uebrigens wird dieser Passus bei No. 3 des Adressentwurfes zur Besprechung kommen, außer es verlange das hohe Haus allsoogleich Besprechung dieser Sache.“

Nachdem letzteres nicht verlangt wurde, erhielt Dr. Sepp das Wort. Das Wesentlichste aus dessen Rede ist bereits mitgetheilt. Derselbe verwickelte in einstündigem besonnenem Vortrage den früheren Zollparlamentariker. Die Situation bezeichnend rief Dr. Sepp aus:

„Das Land hält fest zu seinem Fürsten, aber — ich bitte mich nicht mißzuverstehen — ich meine nicht den Fürsten Hohenlohe.“ (Großer Beifall.)

Auch von der Rede des Redakteurs Dr. Schleich ist bereits gedrängte Mittheilung gemacht. Zu bemerken haben wir ergänzend, daß Dr. Schleich rügte, daß in der Thronrede Oesterreich gar nicht erwähnt ist, obwohl dasselbe der Grundstein der europäischen Ordnung sei. Die Thronrede erwarte von der gegenwärtigen Landesvertretung eine Wirksamkeit im Geiste der bisherigen Gesetzgebung; dieser Geist sei aber weder der Geist der Selbstverwaltung, noch der der Freiheit; solchen Geist habe das Ministerium nicht; der Schwerpunkt der Besorgnisse, fährt Schleich fort, fällt nicht auf Rom, sondern auf Preußen, wie die Thronrede selbst konstatiert, indem sie sagt, daß die Verträge mit Preußen bekannt sind. Es werden dies wohl nur die großen Verträge sein, die eine Fierde unseres Archivs bilden, die kleineren werden wir nie kennen lernen. Auch wir, die Patrioten, wollen die Verträge halten, allein es heißt auch, daß Bayern mit Preußen ein Schutz- und Trugbündniß abgeschlossen habe, und der „Trug“ ist es, der uns Gefahr bringt, weil ein Trugbündniß dem starken Preußen das Recht gibt, sich in unsere, wenigstens militärischen Angelegenheiten zu mischen. Die Thronrede wünscht nur eine solche Gestaltung Deutschlands, welche die Selbstständigkeit

Bayerns nicht gefährdet, womit ausgesprochen werden soll, daß das gegenwärtige Gebilde Deutschlands unsere Selbstständigkeit bedrohe. Eine Selbstständigkeit, wie sie Sachsen besitzt, wollen wir unserem Könige und Volke nicht wünschen. Wir können uns Preußen ohne Gefahr für unsere wohl berechnete Selbstständigkeit nur dann nähern, wenn es kein Militärstaat mehr ist.

Redner bezeichnet als das Programm der patriotischen Partei: „Aufrechterhaltung der Verfassung und Wahrung der Selbstständigkeit Bayerns, keine Parteiregierung, kein tendenziöses Schaffen und keine tendenziöse Handhabung, Freiheit und Gerechtigkeit für Alle und für Jeden: in diesem Geiste wollen wir weiter bauen, wenn wir noch Zeit dazu haben.“ (Lauter Beifall, von Seite der Patrioten.)

Dr. Kurz (Aichaffenburg) wendet sich zunächst gegen das Wahlausschreiben des Ministers und behauptet, daß darin der patriotischen Partei der Vorwurf ultra-kirchlicher und demagogischer Tendenz gemacht werde.

Was den ersten Vorwurf betrifft, so kenne er keinen Ultramontanismus in Bayern, was aber den Vorwurf der demagogischen Tendenz betrifft, so sei derselbe unmaß und unbegründet. Die Behauptung, daß die patriotische Partei Umsturzziele verfolge, sei geradezu läugnerhaft. Allerdings gebe es eine Partei in Bayern, die nicht bloß die Krone zu schädigen sucht, sondern auch das Land in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Preußen bringen will, wie dieß der Antrag beweise, welcher am 30. August 1866 hier gestellt wurde, und welcher nichts Anderes enthalte, als den Antrag auf Mediatisirung Bayerns. Die Politik Hohenlohe würde schließlich, wie die badische, auf Mediatisirung hinauslaufen; habe ja doch die Wahlkreiseinteilung jener Partei zum Siege verhelfen sollen. Auch die Patrioten verstanden den nationalen Gedanken, allein nach ihrer Meinung sei das Ziel des Gedankens die Zusammenfassung aller Stämme gegen den äußeren Feind und zum Schutze der freiheitlichen Entwicklung im Innern.

Redner legt Verwahrung ein gegen die Beleidigung, welche Fürst Hohenlohe in der Kammer der Reichsräthe gegen die süddeutsche Fraktion im Zollparlament dadurch ausgesprochen habe, daß er erklärte, er hätte sich bei der Abstimmung über den Bamberger Antrag geschämt, mit der süddeutschen Fraktion zu stimmen — der Fürst hätte sich dieser Fraktion nicht zu schämen gebraucht, denn dieselbe habe nur die Interessen Süddeutschlands im Auge gehabt, und durch ihr Votum den Malzaufschlag im Voraus beseitigt. — In seinem Wahlkreise habe man das Jahr 1866 erlebt und schaue täglich über die Grenzpfähle in die norddeutschen Zustände hinein.

Abg. v. Hörmann (Erminister des Innern), fordert Beweise für die Behauptung, daß er im Interesse einer Partei regiert habe; er sei nicht Minister einer

Verquidenes.

Aus dem Riesengebirge, 19. Jan. Gewaltige Schneemassen bedecken die Berge, hier und da 6—9 Fuß mächtig, so daß der Verkehr der Baubewohner, namentlich zwischen Böhmen und Schlesien, vor der Hand sehr erschwert, stellenweise unmöglich ist.

Der „New-Yorker Times“ zufolge, war am 12. Jan. an der Methodistenkirche des Dorfes Astoria die folgende, viel-sagende Bekanntmachung angeschlagen: „Belohnung — 500 Dollars Belohnung erhält Jeder, der Auskunft zu geben vermag über den Aufenthalt des hochwürdigen Horace Cooke, früher Pastor dieser Kirche und vor Kurzem mit einem 16 Jahre alten Lamme seiner Herde durchgebrannt.“

Auch Ober-Lahnstein hat seine „Afrikanerin“. Die dort in „Deutschen Hause“ spielende Schauspielergesellschaft gibt den deutschen Text der Meyerbeer'schen Oper als „Schauspiel mit Melodramen“. Das Admiralschiff und der Manzanillabaum sind, wie der Zettel anzeigt, neu angefertigt. Das erinnert an den feigen Theaterdirektor Obffelder, der den „Freischütz“ als Schauspiel gab und auf dem Zettel bemerkte: „Da die Musik nur die Handlung stört, so wird dieselbe weggelassen.“

Hofrath Brückner erklärt in seiner Landes- und Volkskunde des Fürstenthums Neuchâtel die Entstehung der scherzhaften Bezeichnung Raubstaaten also: „Die historisch oft wiederholte Zusammenstellung einerseits von „Algier, Tunis und Tripolis“ und andererseits von „Greiz, Schleiz und Lobenstein“ gab dem Humor der Studenten Mitteldeutschlands im vorigen

Jahrhundert Veranlassung, den Namen Raubstaaten von dem afrikanischen Kleblatt auf das Land der drei russischen Städte überzutragen.“

Das „Berliner Intelligenzblatt“ vom 23. d. M. bringt folgende Annonce: Wächter für Geldmänner! Fünf Vogerhunde, welche das siebente Gebot nicht kennen, aber die Verletzung desselben nicht dulden, sind zu verkaufen. Näheres Greifswalderstraße Nr. 17 beim Wirth.

Paris. Anderen Berichten zufolge war es nicht ein Dienstmädchen, das im Hause des Herrn Lombard die Mordthaten verübte, sondern der Kammerdiener. Neuer Mord in Paris. Ein Hr. Durand, verheirathet, Vater zweier Kinder, ermordete seine Maitresse.

Berlin. Am 26. Jan. starb hier der Kanzleirath a. D., F. A. Böhberg, der sich als Alterthumsforscher, speziell auf dem Gebiete der Münz- und Siegelkunde, durch seine werthvollen Sammlungen und die Herausgabe vieler gelegener u. bleibenden Werthe einen verdienstvollen Namen erworben hat. In weitesten Kreisen wird der Verlust dieser Autorität schmerzlich empfunden werden. — Das Schusfal Astron ist Freitag zur Verbüßung seiner Haft nach dem Zellengefängniß bei Roabit abgeführt worden. — In eines der bekanntesten Delikatessen-Lokale in der Königsstraße in Berlin trat am Donnerstag Abends ein Fremder, der, nachdem er Platz genommen, Champagner bestellte, indem er sich für den Baron Rothschild ausgab. Sein Benehmen erregte bald das Erstaunen des Wirthes und der anderen Gäste. Er warf Gläser und Flaschen, selbst Geld auf den Fußboden, so daß schließlich der Wirth, ihn

für wahnsinnig haltend, sich genöthigt sah, Polizeibeamte zu requiriren. Es stellte sich denn auch bald heraus, daß der Fremde ein Kaufmannssohn von Auswärts und wahnsinnig sei. Er wurde nach dem Gasthose, wo er abgestiegen war, befördert.

Wien, 30. Jan. (Fünffacher Mord.) Am 14. d. M. sind Nachts drei Mörder in das Haus des G. Diafovič im Dorfe Magorich eingedrungen, haben dableibst fünf Menschen ermordet und dann das Haus auf zwei Seiten in Brand gesteckt. Vier Opfer der Mörder wurden als Leichen den Flammen entzissen. Die Wüthenden fielen zuerst G. Diafovič an, streckten ihn durch zwei Schüsse nieder und spalteten ihm dann noch mit der Hade den Kopf. Sein Weib Kuzica, die ihr sechsjähriges Mädchen an der Hand hielt, erhielt acht Schläge mit der Hade und die kleine Sophie wurde förmlich entzwei gespalten. Als viertes Opfer fiel das siebenjährige Mädchen Sojeta, das nach dem vierten Schläge mit der Hade todt niedersank. Die fünfzehnjährige Tochter Damiana war, ebenfalls tödtlich verwundet, noch im Stande, sich in ein benachbartes Haus zu schleppen. Sie gab erst nach zwei Tagen ihren Geist auf. Es geht das Gerücht, Aberglaube sei die Veranlassung dieses schauerlichen Mordes gewesen.

Prag, 28. Jan. In einem hübsigen Gasthose hat sich ein unbekannter Mann erschossen. Auf einem zurückgelassenen Zettel war verzeichnet: F . . . R . . . R von R. 35 L. — Auf einem Feldweg vor dem Rathhore wurde die Leiche eines erschlagenen Mannes aufgefunden.

Partei, sondern durch den Willen des Königs berufen gewesen und habe lediglich das Wohl der Dynastie und des Landes im Auge gehabt. Die angegriffene Wahlkreiseinteilung habe nicht bezweckt, der Regierung ein paar Stimmen zu gewinnen, er sei kein Freund von Kleinlichen Mitteln (Heiterkeit, bekanntlich ist dies ein geflügeltes Wort Bismarck's); die Regierung war zu der Wahlkreiseinteilung berechtigt und durch Umstände war dieselbe geboten, weil die Patrioten mehr Abgeordnete hatten, als ihnen nach der Zahl ihrer Wahlmänner zumutbar (Widerpruch), die Maßregel beruhte also auf dem Grundsatz der Billigkeit und Gerechtigkeit. Sein Wahlrundschriften habe hier eine Beurtheilung erfahren, die er der Würde des hohen Hauses nicht für angemessen erachte; (Oho!) es müsse aber nach seinem Zweck beurtheilt werden, es sei ursprünglich nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen (Heiterkeit), doch habe er nicht bedauert, daß es an die Deffentlichkeit gekommen. Es beleidige die patriotische Partei keineswegs; die schärferen Sätze desselben seien nicht gegen die gemäßigten, sondern gegen die extremen Organe jener Partei gerichtet, unter deren Lügen und Verleumdungen die Moral des Landes litt und die darum bekämpft werden mußten. So lange die patriotische Partei nicht solchen Organen entgegengetrete und dadurch deren Äußerungen die Spitze abbreche, sei sie dafür verantwortlich. Er sei ein Anhänger der Pressefreiheit, aber das Gebahren der patriotischen Presse sei nicht auf Förderung der Gesetzgebung gerichtet, sondern bekämpfe die Gesetze erst, wenn sie fertig, ja fordere dann oft direkt zum Ungehorsam gegen dieselben auf und mache so den an sich schwierigen Uebergangszustand noch schwieriger. Die Agitation, die die patriotische Presse gegen das Wehrgesetz, das Heimathsgesetz u. A. betrieben habe, sei im Rundschreiben der Wahrheit gemäß gekennzeichnet; er müsse deshalb den ihm vom Abg. Dr. Kurz gemachten Vorwurf der Lügenhaftigkeit auf denselben zurückschleudern.

Dr. Kurz bestreitet, diesen Ausdruck auf v. Hörmann angewendet zu haben und verweist auf den stenographischen Bericht.

Als nächster Redner folgte nun der phrasengewandte Dr. Böck und dann Lukas, von welchem Hörmann und Dr. Böck in die Pfanne gehauen wurden. Wir werden diese und noch einige der Hauptreden folgen lassen.

Karlsruhe, 3. Febr. Im aml. Theile der „Karlsruh. Zeitung“ wird außer Ordensverleihungen und militärischen Dienstinachrichten mitgetheilt, daß Oberstaats-Anwalt Ferd. Mays in Mannheim und Kreisgerichtsrath Konst. A. Mann in Konstanz zu Oberhofgerichtsräthen ernannt wurden. Hofrath Behagel, Direktor des Lyzeums in Mannheim, tritt auf Ansuchen in den Ruhestand. Der außerordentliche Prof. Dr. Paul Du Bois-Raymond in Heidelberg wurde zum ordentlichen Professor der Mathematik an der Universität Freiburg ernannt, und dem Privatdozenten Dr. Wilhelm Lossen an der Universität Heidelberg der Charakter als außerordentlicher Professor in der philosophischen Fakultät dafelbst verliehen.

Karlsruhe, 3. Febr. Das neue Eisenbahnanlehen kam in die Hände desselben Consortiums, das mit dem vielbelobten Anlehen von 1867 betraut worden war. Schon am 1. d. brachte die „Fr. Ztg.“ ein Karlsruhe' Privattelegramm, welches lautete: Das Finanzministerium hält sich an die am Samstag betr. der Eisenbahnanleihe in der 1. Kammer gegebene Erklärung, sowie an die darauf bezügliche Note in der „Rhr. Ztg.“ nicht gebunden. Es verhandelt seit gestern über die Begebung der Anleihe. Ernstliche Bewerber um die neue badische Eisenbahnanleihe sind einerseits Rothschild und Ladenburg, andererseits Goll, Hohenemser, die württembergische Vereins- und Basler Handelsbank.

Der „N. B. L. Z.“ wird unter dem Gestrigen von hier gemeldet:

„Das neue badische Eisenbahnanlehen ist gestern an das Consortium Rothschild — Diskontogesellschaft — Ladenburg vergeben worden. Die Bedingungen sind noch unbekannt. Das Consortium Erlanger ist mit seinen Offerten durchgefallen.“

Die „Rhr. Ztg.“ schreibt offiziös vom 2. d.:

„Unsere Erwartungen, die wir vor wenigen Tagen an dieser Stelle ausgesprochen haben, sind rasch in Erfüllung gegangen. Unter den Bewerbern, welche auf das von der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse aufzunehmende neue Anlehen Angebote eingereicht haben, ist dem Consortium, bestehend aus dem Bankhause M. A. v. Rothschild und Söhne in Frankfurt a. M., der Direktion der Diskontogesellschaft in Berlin und dem Bankhause M. H. Ladenburg und Söhne in Mannheim als dem höchstbietenden auf eine 5proz. Anleihe und zwar im Betrage von 10 1/2 Mill. fl. gestern der Zuschlag erteilt worden. Der Kurs, zu welchem die Begebung erfolgt ist, entzieht sich zur Zeit noch der Deffentlichkeit, er entspricht aber, wie wir glauben, der dormaligen günstigeren Lage des Geldmarktes. Dem Publikum wird dem Vernehmen nach durch Eröffnung einer Subskription Gelegenheit zur Betheiligung an

dieser neuesten Anleihe der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse gegeben werden.

Eine neuere Karlsruhe' Depesche der „N. B. L. Z.“ meldet:

„Aus zuverlässiger Quelle wird uns mitgetheilt, daß unsere heutige telegraphische Depesche betreffs Begebung der badischen Eisenbahn-Anleihe einer Berichtigung bedarf. Es waren zwei Consortien, die sich um die Anleihe bewarben, das eine bestehend aus:

Herrn H. L. Hohenemser und Söhne in Mannheim, Johann Goll und Söhne in Frankfurt, die Basler Handelsbank, die württembergische Vereinsbank.

Das andere aus den Herren M. A. v. Rothschild und Söhne und dessen Consortien.

Erstere reichten folgendes Angebot ein:
auf 6 Mill. Thlr. 5 1/2% Obl. ca. 98 3/4¹⁰⁰
auf 12 Mill. Thlr. 5 1/2% Obl. ca. 98 1/2¹⁰⁰
auf 12 Mill. Prämien Anleihe 101 1/2¹⁰⁰.

Letztere machten, nach Erklärung des Hrn. Finanzministers, ein höheres Gebot auf 6 Mill. Thlr. und erhielten hierauf den Zuschlag.

Die „Warte“ schreibt:

Das Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden ist in der ersten Kammer, wie man hört, in einen gewissen Stillstand gerathen, indem man vor der weiteren Behandlung desselben erst abwarten will, in welcher Weise die Gesetzentwürfe über die öffentliche Armenpflege und das Aufenthaltsrecht bei der zweiten Kammer ihre Erledigung finden. Auf die größten Bedenken stoßen in der ersten Kammer die Beschlüsse der zweiten über die Beseitigung der nach Vermögensklassen vorzunehmenden Gemeindevahlen und über die alsbaldige Neuwahl sämtlicher Gemeindebeamten, und in dieser Auffassung befindet sich die erste Kammer auch mit der Regierung in Uebereinstimmung. Es wird sich schließlich fragen, ob in der zweiten Kammer eine Mehrheit sich bereit finden wird, ein Kompromiß einzugehen. Auch diese Frage wird dazu beitragen, die diesmalige Landtagsession zu verlängern, welche ohnehin sicher bis tief in den März hinein sich erstrecken wird.

□ **Aus dem Württembergischen, 29. Jan.** Es wird mir kaum zu verübeln sein, wenn ich eine kleine Freude empfinde, daß die Ereignisse sich zu beilen scheinen, meine vor wenigen Tagen gemachte Vorherlage, daß über kurz oder lang mancher der liberalen Herren sich lazenjämmerlich die Augen ausreiben werde, theilweise zu bestätigen. Es geschieht dies durch den vorläufigen Ausgang der jüngsten Bürgerversammlung zu Konstanz in der Bürgergenossenschaft. Wenn sogar die Ammonition fast bis zu Thränen erweicht wurden, als sie am Jahrestag des famosen „Hosiana“ das „Kreuzige ihn“ hören mußten, wie mag da erst dem Betroffenen um's Herz gewesen sein! Vielleicht hat sich ihm unwillkürlich das Wort aufgedrängt: Sie transit &c. Und doch nur mehr an der ersten Station des Rückweges angelangt! Wo wird das hinausgehen? Denn hat sich die Volksgunst einmal von ihrem Liebling abgewendet, kehrt sie selten mehr zu ihm zurück. Und wenn nun in Folge dieses ominösen Wechsels der Dinge der die Bürgermeisterwahl betreffende Paragraphe des neuen Gemeindegesetzes seinen Stachel gegen Hrn. Stromeyer kehren sollte und er bei einer etwaigen Konkurrenz liberal-uneigennützigem Bürgermeisterkandidaten durch die Treulosigkeit wankelmüthiger Freunde und die Mésalliance der Schwarzen mit den Rothhen einem noch thätendürftigeren Gegner unterliegen müßte! Die Eröffnung dieser Perspektive geschieht vorläufig nur in der wohlmeinenden Absicht, daß die künftigen Ereignisse nicht ganz unvermuthet über die einstigen Helden des Tages hereinbrechen.

Angesichts solcher Vorgänge, wie der in Nr. 27 und 28 Jhres Blattes beschriebene, könnte ich, so wenig ich an und für sich Geneigtheit dazu verspüre, zuletzt dahin gelangen, so manchen ehrenrührigen Gedanken, den ich bis jetzt gegen die Liberalen in meinem schwarzen Herzen übernachtigte, für freventlich und grundlos zu halten. Denn manchmal scheint es freilich mehr an Verstand und Klugheit, als am guten Willen zu fehlen. Wenn die liberalen Häupter wirklich so hell erleuchtet wären, wie mancher gutmüthige Kulturphilister, der als Mitglied irgend eines Fortschrittsvereins sich um das Patent aufgeklärter Gesinnungstüchtigkeit bewirbt, aus ihrem glatt-geschmeidigen Äußern schließen zu dürfen glaubt, dann wären solche Dinge unmöglich, die ich in meiner neulichen Zuschrift (Nr. 27) als selbstmörderische Attentate des Liberalismus bezeichnete. Für eine Treibjagd auf „Schwarzwild“ läßt sich der liberal angelaufene Philister in Bürgerabend eher begeistern, als für einen Fibustierzug gegen seinen eigenen Geldbeutel. Um solche Dinge nicht zu wissen oder nicht in Berechnung zu ziehen, braucht man eben nur ein liberaler Doktrinär zu sein. Daß die liberalen Herren von ihrem Standpunkt aus Recht haben, sich darüber zu beklagen, daß die Kleinbürger in ihrer engherzigen Befangenheit und abergläubigen Anhänglichkeit an mittelalterliche Institutionen sich der ihnen zugebachten Ehre erwehren, durch Verzichtleistung auf den Bürgernutzen in der Betheiligung bei Bestreitung des Städtchadens, resp. Tilgung der städtischen Schulb, der Bourgeoise

als ebenbürtig an die Seite gestellt zu werden, will ich nach meiner von äußerster Billigkeit geleiteten Anschauung nicht bestreiten. Aber den Holzspältern, Packträgern, Spannern &c., und sollten sie auch mit den bekannten Mannheimern in Cartellverbindung stehen, muß es ebenfalls unbenommen bleiben, zu beurtheilen, ob diejenigen Anordnungen, Einrichtungen und Anstalten, in welchen die in Frage stehende Stadtschuld zum Theil ihren Grund hat, ihnen in gleichem Maße zur Bequemlichkeit und zum Vortheil gereichen, wie den liberalen Angehörigen höherer Stände, um die Forderung der Gleichbesteuerung als gerechtfertigt erscheinen zu lassen.

Stuttgart, 1. Febr. (D. V. Bl.) Der Sturm gegen das Kriegsdienstgesetz beginnt zu blasen im Lande ob und unter der Staig, in Oberschwaben, im Allgäu, auf und an der Alb. Der „Beobachter“ berichtet, daß „neben Volksparteilern, Großdeutschen, Ultramontanen“ selbst viele Anhänger der preussischen Partei die Adresse unterschreiben. Wie uns aus dem Bezirk Leutkirch geschrieben wird, wurde die Rede Karl Mayer's mit vielem Beifall aufgenommen.

× **Berlin, 31. Jan.** Ein Offizier läßt sich in der „Köln. Ztg.“ wie folgt vernehmen: „Die jetzt ausführlicher vorliegenden Adressdebatten der bayerischen Kammern zeigen deutlich, wie viel inneren Groll die ohne jeden sprungweisen Stoß unaufhaltsam fortschreitende Entwicklung des norddeutschen Bundes in dem patikularistischen Lager angesammelt hat. Während die Ungebuld sich über Preußens Zurückhaltung beklagt und den scheinbaren Stillstand der deutschen Dinge als ein Aufgeben des früheren Programms verurtheilt, erkennen die Gegner mit schärferem Blick die unhaltbare Stellung der süddeutschen Staaten und setzen charakteristisch genug auf Rechnung d. s. Ministeriums Hohenlohe, was der natürliche Gang der Ereignisse unter allen Umständen herbeiführen mußte und in Wirklichkeit allein verschuldet hat. Schon jetzt muß die Gesetzgebung des Südens auf vielen Gebieten der Norddeutschen nachfolgen, ohne daß die Süddeutschen dabei mit berathen haben. Die hiesigen kurzfristigen Makkontenten freuen sich, daß die Mainlinie noch immer besteht, ergehen sich auch wieder gelegentlich der Verträge in unnützen doktrinären Redensarten über den casus foederis der Augustbündnisse und sehen in der Bedrängniß des Ministeriums Hohenlohe mit Behagen ein Zurückweichen Preußens. Daß die süddeutschen Partikularisten die Situation richtiger verstehen, lehrt der Augenschein, aber die Mittel der Rettung und Hilfe, welche sie dagegen aufwenden möchten, werden sich schließlich ganz so unwirksam erweisen, wie die gedankenlosen Phrasen ihrer Parteigenossen in unserer Nähe. Die deutsche (großpreussische!) Einheit dem Auslande gegenüber ist eine vollendete Thatsache, gegen welche mit Kammerreden und Adressen nicht mehr aufzukommen ist.“

Man wird sich erinnern, daß auch hierlands der von Wien aus angefachte Klostersturm nicht ohne Wiederhall blieb. Die Szenen von Moabit und zwei gezeichnete Volksversammlungen zeugen davon. Als letzter Ausläufer der für die Freimaurer so schmachlich geendeten Ubrgt.-Heße liegen dem Abgeordnetenhaus etwa in Duzend Petitionen gegen die Klöster vor. Darüber hat schon vor einiger Zeit der Petitionsausschuß berathen und Anträge formulirt. Professor Dr. Gneist, den kürzlich Paster bei der Berathung über die Kreisordnung der Heiterkeit des Hauses überlieferte, indem er dessen doktrinären Weisheitsdünkel persiflirte, war Referent dieser Kommission, und blamirte in den Motiven zu den Anträgen für Aufhebung der Klöster und Nichtzulassung kathol. Kongregationen seinen protestantischen Standpunkt durch eine wirklich klägliche Angst für den Bestand des Protestantismus, falls die kathol. Kirche in derzeitiger Freiheit u. Ausdehnung belassen werden sollte. Als Schutzmaßregel holte Dr. Gneist selbst eine Verordnung vom Jahr 1810 hervor, die er, als trotz der Verfassung noch zu Recht bestehend, gegen die Katholiken angewendet wissen will. Sofort erhob sich natürlich in der ganzen Monarchie unter den Katholiken eine lebhafteste Bewegung gegen das beabsichtigte Attentat auf ihre Religionsfreiheit — so wie auch die Agitation gegen konfessionslose Schulen mit aller Energie von ihnen betrieben wird — es wurden Gegenadressen eingeschickt, und in der Presse mit scharfen Waffen für die kirchlichen Rechte gekämpft. Zugleich hat der Abg. Böhm er einen Antrag verfaßt, dahin lautend, daß über die Petitionen gegen die Klöster zur einfachen Tagesordnung überzugehen sei, und dieser Antrag ist mit der Unterschrift von über hundert Abgeordneten versehen im Abgeordnetenhaus bereits eingebracht. Auf kommenden Donnerstag, 4. Februar, erwartet man nun die Plenarberathung über die Klosterfrage im Abgeordnetenhaus. Die rheinischen Abgeordneten werden eifrig für die einfache Tagesordnung streiten; auch verlautet, daß der Referent Abgeordn. Gneist einen modifizirten Antrag Seitens der Kommission vorzuschlagen beabsichtige. Jedenfalls wird es heiße und interessante Debatten geben.

Berlin, 2. Febr. Laut der „Prov.-Korresp.“ wird die Landtagsession durch Einberufung des Reichstages auf etwa den 14. d. unterbrochen werden. Das Zollparlament soll in der zweiten Hälfte des April einberufen werden. Belehrt und aufmerksam gemacht durch Frankfurt's Schicksal, entschloß sich der Senat der freien Stadt Bremen, eine Scheidung seines Staats- und Stadtvermögens herbeizuführen. Ungeachtet seiner enthusiastischen Hingebung an Preußen glaubt sich eben der hochlöbliche Senat des Sprüchwortes: „Vorsicht schadet nicht“ erinnern zu müssen, um nicht allenfalls einstens leere Kassen verwalten zu müssen. — Wie die „Erbf. Stg.“ mittheilt, soll im Laufe dieses Jahres die Errichtung von vierten Batterien bei den weitenden Abtheilungen des Garde-Feld-Artillerie-Regiments und der 11 preussischen Feld-Artillerie-Regimenter stattfinden. Außerdem wird für dieses Jahr die Errichtung einer zweiten, für Wilhelmshafen bestimmten West-Division, der möglicherweise die einer vierten See-Art.-Kompagnie hinzutreten dürfte, beabsichtigt. Noch mehr Soldaten!

Köln, 1. Febr. Die Adresse zur Wahrung des konfessionellen Charakters der Schulen beträgt bis heute 11,000 Unterschriften. Aus Münster verkundet, daß die Vorbereitungen zur Wahl eines neuen Bischofs bereits eingeleitet werden. Das Kapitel wird das seit 1842 in Preußen eingeführte Listen-Verfahren dabei beobachten, der Oberpräsident v. Duesberg voraussichtlich als Kommissar der Regierung bei dem Wahlgeschäfte fungiren. Kapitzelsvikar ist Generalvikar Brinkmann.

Hildesheim, 26. Jan. (Kln. B. Z.) Dem „H. G.“ entnehmen wir Folgendes. In Bezug auf Visitationen der katholischen Schulen durch die Dekane ist nach einer noch vor Schluß des vorigen Jahres zwischen dem Bischof und dem königl. Konistorium zu Hildesheim zu Stande gekommen Uebereinkunft die Bestimmung eingetreten, daß die Dekane, denen nach der bischöflichen Anordnung vom 30. Juni 1838 bereits jährliche Schulvisitationen oblagen, nunmehr zugleich als von der Regierung zur Vornahme der regierungsseitig zu übenden Schulvisitationen beauftragt angesehen werden. Jede Schule eines Bezirkes soll jährlich wenigstens ein Mal visitirt werden nach der Instruktion, welche das Konistorium unter vorhergehender Genehmigung des Kultusministers erlassen wird.

Darmstadt, 31. Jan. Ein interessantes Aktenstück ist der von dem Abg. Kraft erstattete Bericht des Finanzausschusses über die auf das Jahr 1866 bezügliche Rechenschaftsablage der Militärverwaltung. Aus den von dem genannten Abgeordneten aufgestellten Vergleichen und Rechnungen ergibt sich, daß der Krieg des Jahres 1866 für das Großherzogthum einen Mehraufwand von 2 1/2 Millionen Gulden erforderte. Es sind hierbei die 3,000,000 an Preußen gezahlte Kriegskostenentschädigung, sowie der Verlust von Hesse-Homburg, dessen Domänen auf 6,000,000 zu veranschlagen sind, nicht mit eingerechnet. Aufsehen erregte seiner Zeit die Austräumung des hiesigen Zeughauses und der Kasernen durch die Preußen. Es war diese nur durch die vollständige Unterlassung der zur Vergütung des Materials erforderlichen Vorsichtsmaßregeln möglich. Für die Wiederanschaffungen mußte ein Aufwand von 284,000 fl. gemacht werden. Die Frage wegen einer Civilentschädigungsklage gegen die beteiligten Beamten will der Ausschuss, weil die Schuldfrage zweifelhaft, fallen lassen. Derselbe trägt darauf an: „Die Ausgaben zur Ergänzung der von den preussischen Truppen als Kriegsbeute verbrachten Objekte für gerechtfertigt zu erklären und unter dem Ausdruck des Bedauerns über die hinsichtlich der Fürsorge für dieselben vorgekommenen Fehler von der Vervollgung desfallsiger Civilerzansprüche abzusehen.“

Demnächst wird vor dem hiesigen Bezirksstrafgericht ein interessanter Rechtsfall verhandelt werden. Derselbe betrifft den ehemaligen großh. hess. Oberleutnant Jäger. Der genannte Herr ist gegenwärtig in Bensheim wohnhaft und hat sich daselbst, wie die Anklage behauptet, verschiedener Schmähungen der kathol. Religion, insbesondere des Dogma's von der unbesleckten Empfängniß schuldig gemacht. Die Verhandlung wird aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit vermuthlich theilweise bei verschlossenen Thüren stattfinden müssen. Aus Großgerau wird gemeldet, daß am 26., 28., 29. und 30. wieder Erderstöße, am 30. ein kräftiger in kurzem Zeitintervall sich wiederholender vertikaler Erdstoß, sich ereignet haben.

Wien, 2. Febr. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Ernennung Hasners zum Ministerpräsidenten, Wagner ist zum Landesverteidigungs-Minister, Vanhans zum Ackerbauminister, Stremayer zum Kultus- und Unterrichtsminister ernannt. Die übrigen Minister behalten ihre bisherigen Ämter. Die Organisation der ungarischen Honveds kann als vollendet und abgeschlossen betrachtet werden. Im Ganzen wurden im abgelassenen ersten Jahre, seit das Institut besteht, 88,000 Mann zu den Honveds assentirt. Hiervon haben per Infanterie-Bataillon je 300 Mann

eine sechswochentliche Abrihtung durchgemacht. Auch ist die Uniformirung, sowie die Bewaffung für 85,000 Mann bereits eingeliefert und in den Magazinen deponirt. Die Errichtung von Pionnier- und Fuhrwehensabtheilungen soll demnächst in Angriff genommen werden und auch die Ernennung der noch nöthigen Offiziere für den Urlauberstand erfolgen.

Ausland.

Paris, 1. Febr. Nachdem das Kabinet am Freitag glücklich die Klippe, vor der es sich durch die ganz unopportune Provokation des Hrn. Thiers befand, umschiffte hatte, wurde bereits gestern dem jungen Ministerium eine neue drohende Gefahr in Aussicht gestellt. Es handelte sich um die Dekrete vom 9. Jan. über die temporären Admisionen von Metallen, über welche Maßregel Hr. Dupuy de Lome und Genossen gestern das Ministerium interpellirten und die Nichtausführung dieser Dekrete bis nach der Enquete verlangten. Bereits seit Samstag zirkulirten die verschiedensten Gerüchte über die Haltung des Kabinetts in dieser Frage, und hieß es, daß, wenn die Kammer Hrn. Dupuy de Lome beipflichtete, sich Buffet, Louvet und vielleicht auch Graf Daru ihrer Portefeuilles entledigen würden. Der Austritt dieser drei Minister hätte aber wahrscheinlich eine vollständige Kabinettskrise herbeigeführt. Es ist also begreiflich, daß man hier mit Spannung der gestrigen Sitzung entgegen sah. In der That brachte Hr. Dupuy de Lome seine Interpellation ein und motivirte dieselbe in längerer Rede, worauf Hr. Buffet (Finanzminister) das Wort ergriff und erklärte, daß binnen Kurzem ein Gesetz über die temporäre Admision der Kammer vorgelegt würde, und daß diejenigen, welche Käufe vom 9. Jan. abgeschlossen hätten (und dies nachweisen können), mit der nöthigen Einführungs-Vollmacht versehen werden würden. — Die Auseinandersetzungen des Hrn. Finanzministers wurden mit lebhaften Beifallsbezeugungen aufgenommen und die Kammer ging mit 191 gegen 6 Stimmen einfach zur Tagesordnung über. Das Ministerium hat also einen neuen Sieg errungen und kann man soweit mit ziemlicher Sicherheit vorhersehen, daß dasselbe nun weder seine Feinde, noch seine allzuheißen (?) Freunde zu fürchten hat, sondern rüstig in seiner großen Aufgabe vorwärtsschreiten kann. Die Regierung hat einige Präfecte und Unterpräfecte in Disponibilität versetzt, welche sich besonders bei den letzten Wahlen im Interesse der offiziellen Kandidaten hervorthaten. Unter den neuernannten Funktionären befinden sich auch zwei Journalisten, Mr. St. Poney, Redakteur von der „France“ und Mr. Lavallée, Redakteur der „Revue des deux Mondes.“

Nach verschiedenen Blättern soll für Hrn. Emil de Girardin auch ein Ministerium gebildet werden, welches die Presse und die Theater in sich begreifen würde. Vorläufig dürfte dies wohl nur ein Gerücht sein; Hr. Girardin wird aber an der Kommission theilnehmen, welche sich mit den Beratungen über das neue Preßgesetz, Abschaffung des Zeitungstempels zc. beschäftigen wird. — Hr. Picard hatte Samstag vor der Sitzung eine sehr lange Unterredung mit dem Herzoge von Persigny, was zu vielfachen Kommentaren Veranlassung gab. — Marfori, der gewesene Intendant der Königin von Spanien, von welchem bei Beginn der spanischen Revolution die Rede war, hat sich nach Portugal begeben.

Die „Marcellaise“, die gleich den anderen Journalen der Unversöhnlichen sehr freundlich gegen Ollivier geistert, will wissen, daß Daru vollkommen mit Leboeuf über das Anpassen einer Entwaflung übereinstimmt. Ollivier sei für dieselbe, weil, fügt die „Marcellaise“ hinzu, nachdem Graf Bismarck die Medaille von Sadowa erhalten, er ebenfalls, wie sein Freund in Berlin, vom König von Preußen decorirt zu werden wünscht. (Wenn diese Behauptung in Bezug auf Ollivier auch jedes Grundes entbehrt, so beweist sie doch, wie wenig Sympathien die Unversöhnlichen für Preußen hegen.)

Auch die „Presse“ meldet: „Der Minister des Auswärtigen, Daru, befand sich vorgestern in einer Gruppe von Deputirten, welche sich über die Frage der Armee-Reduktion unterhielten. Graf Daru sprach sich sehr deutlich dahin aus, daß die Entwaflnung eines Theils der französischen Armee augenblicklich nicht zeitgemäß wäre; er müsse befürchten, daß der Prager Friedensvertrag in dem Punkte, welcher Nordschleswig betrifft, ein bloßes Versprechen bliebe, wenn Bismarck sähe, daß Frankreich den Effectivstand seiner Armee vermindere.“

London, 2. Febr. Die „Times“ veröffentlicht den Brief des Kommandanten eines englischen Kriegsschiffes an der afrikanischen Küste, worin es heißt: Livingstone sei ermordet und sein Leichnam von den Eingeborenen Congo's verbrannt worden. Livingstone war beschuldigt worden, ihren König durch Magie umgebracht zu haben. — Die Königin wird wegen Unwohlsein das Parlament nicht in Person eröffnen.

Aus Baden. Das Gesetz über die Verleihung des Rechtes zur Ausgabe von Banknoten an eine badische Bank hat nach der von der zweiten Kammer demselben gegebenen Fassung folgenden Inhalt: (Schluß.)

- d) (gestrichen und angebracht 11a.);
- e) Beforgung der Einfassung und Auszahlung von Geldern, letzteres unter der Voraussetzung vollständiger Deckung oder Sicherheitsleistung Seitens des Auftraggebers;
- f) Ausstellung von Anweisungen der Bank auf sich und auf ihre Zweigniederlassungen, desgleichen Annahme von Geld gegen Schuldscheine, gegen Anweisungen auf die Zweigniederlassungen der Bank, gegen Darlehensbücher oder in laufender Rechnung, wobei eine Verzinsung nur im Falle einer bedingenen Rückzahlungsfrist von nicht unter 90 Tagen stattfindet.

Die beschriebenen Schuldbeträge der Bank müssen stets durch einen denselben entsprechenden Vorrath an Wechseln von der in Artikel 4 bezeichneten Eigenschaft oder an barem Geld oder Barren besonders gedeckt sein;

- g) das Girogeschäft, wobei jedes Girokonto ein Guthaben des Inhabers an die Bank nachweisen muß;
- h) Aufbewahrung von Werthgegenständen.

Art. 11. Andere als die in § 10 bezeichneten Geschäfte darf die Bank nicht betreiben, insbesondere sind ihr An- und Verkauf von Werthpapieren auf Zeit für eigene oder fremde Rechnung, sowie Erwerb und Veräußerung von Liegenschaften, außer für die Zwecke ihres eigenen Betriebs oder zur Sicherstellung und Vollstreckung einer Forderung, untersagt.

Art. 11a. Zur zeitweisen nutzbaren Anlage müßiger Kassensbestände kann die Bank Werthpapiere, welche feste Zinsen tragen und deren Verleihung ihr nach Art. 10 lit. e. Ziffer 2 gestattet ist, ankaufen, jedoch mit der Beschränkung, daß der Gesamtbetrag der angekauften Papiere, soweit sie nicht Bestandtheile des Reservefonds bilden, den fünften Theil des eingezahlten Aktienkapitals nicht übersteigen darf.

Art. 11b. Die Bank kann ermächtigt werden, in ihren Statuten von den bestehenden landrechtlichen und handelsrechtlichen Vorschriften abweichende Bestimmungen zu treffen über

- 1) den Zinsfuß der Darlehen;
- 2) die Abfassung und Eintragung der Urkunden über Kaufpfandverträge;
- 3) die Befriedigung des Gläubigers aus seinem Kaufpfand in und außer der Eant;
- 4) die Verbindlichkeit zur Herausgabe einer als Kaufpfand eingekerkerten verlorenen oder entwendeten Sache.

Die beschriebenen Bestimmungen der Statuten sind in dem Staatsanzeiger zu veröffentlichen.

Art. 12. Die Bank ist verpflichtet, in der ersten Woche jeden Kalendermonats einen Auszug ihrer Bücher nach einem von der Staatsregierung genehmigten Schema öffentlich bekannt zu machen, woraus der wirkliche Stand der Aktiva und Passiva am Schluß des abgelassenen Monats, und insbesondere die Summen der umlaufenden Noten sowie der ihre Deckung bildenden Werthe ersichtlich ist.

Art. 13. Die Regierung überwacht die Einhaltung des gesetz- und statutenmäßigen Zustandes der Bank, sowie die Erfüllung der besonderen Bedingungen der Staatsgenehmigung.

Die Bank hat auf Verlangen den Beauftragten der Regierung Auskunft über ihre Verwaltung und ihren Geschäftsbetrieb zu ertheilen, denselben Einsichten in ihre Bücher und Schriften zu gestatten, auch ihre Bestände an Banknoten und Werthen aller Art vorzuweisen.

Art. 14. Die Bank unterliegt der gesetzlichen Besteuerung mit der Maßgabe, daß als deren gesamtes gewerbesteuerpflichtiges Betriebskapital eine der Hälfte des jeweils eingezahlten Aktienkapitals gleichkommende Summe angesehen wird. Die Vertheilung dieses Betriebskapitals auf den Hauptstift und die Zweigniederlassungen geschieht durch die Steuerdirektion im Benehmen mit der Bankverwaltung nach dem Verhältniß des Geschäftsumfanges der verschiedenen Niederlassungen im jeweils vorausgegangenen Jahre.

Feiner hat die Bank an die Staatskasse als weitere Steuer zu entrichten ein Fünftel desjenigen Ueberschusses am Reingewinn, welcher nach Abzug einer Dividende von 5 Prozent des Aktienkapitals an die Aktionäre, sowie der statutenmäßig in den Reservefond einzuweisenden und als Gewinntheil an die Bankbeamten fallenden Beträge sich ergibt.

Art. 15. Die Befugniß zur Ausgabe von Banknoten wird für die Dauer von 25 Jahren ertheilt.

Art. 16. Das Gesetz erlischt, wenn die Bank nicht binnen 2 Jahren gegründet wird.

Die Ministerien des Handels und der Finanzen sind, jedes, soweit es seinen Geschäftskreis berührt, mit dem Vollzug dieses Gesetzes beauftragt.

Gegeben zc.

Karlsruhe, 3. Febr. Die heutige 50. öffentliche Sitzung der zweiten Kammer währte von 10—11 1/2 Uhr. Erster Vizepräsident Kirchner führte den Vorsitz. Am Ministerische: St.-Min. d. J. Dr. Jolly, Geh. Ref. Cron. Nach Anzeige von Petitionen und geschäftlichen Mittheilungen schritt die Kammer zur Berathung: 1) des Berichtes der Budget-Kommission über die Rechnungsnachweisungen der Badeanstalten für die Jahre 1866 und 1867, erstattet von dem Abg. Hebling (ohne Debatte genehmigt); 2) des Berichtes derselben Kommission und desselben Berichterstatters über den Gesetzentwurf des Budgets der Badeanstalten für die Jahre 1870 und 1871. Das Gesetz wurde bei namentlicher Abstimmung mit allen gegen 8 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten: Baumstark, Bfing, Fröhlisch, Lender, Lindau, Mühlhäuser, Poppen, Wundt. — Bericht über die Verhandlung folgt nach.

Nächste Sitzung am Samstag den 5. Februar.
Braunschweig, 1. Febr. Bei der heute stattgefundenen Serienziehung der Braunschweiger 20-Thlr.-Loose wurden folgende Serien gezogen: 2936, 3944, 5465, 6314, 6548, 8924, 9486, 9681, 9892.

Briefkasten.

Wir sind nicht im Besitze der Ziehungsliste von der jüngsten Kölner Dombau-Lotterie.

Gestorben in Karlsruhe.

1. Febr. Anna, Marg., Wittwe des Baumeister Burghardt, 81 J.
2. „ Karoline, Wwe. des Partikulier Vollenweider, 66 J.

Karlsruhe.

Dr. Robert Baur

hat sich dahier als
practischer Arzt
niedergelassen.

Wohnung: Friedrichsplatz 15 parterre.
Sprechstunde: 2—4 Uhr Nachmittags. 139.7.2

141.2.2. Donaueschingen.

Wirthschafts-Pacht.

Der Pacht der hiesigen **Museumswirthschaft** geht in nächster Zeit zu Ende. Liebhaber zur Pachtung wollen ihre Angebote innerhalb 3 Wochen schriftlich an den diesseitigen Oekonomiebeamten, Herrn Hofgärtner Kirchhoff, einreichen, welcher die Bedingungen mittheilen wird. Donaueschingen, den 31. Jan. 1870. Museums-Commission.



124.2.2. Rippoldsau.

Solzverkauf.

Aus hiesiger Pfarr- und Kirchenfondswaldung werden **Samstag den 5. Februar d. J., Vormittags 11 Uhr, im Gasthaus „zum Erbprinzen“** dahier **365 Stämme Bau- und Sägholz** mit 15,710 Kubikfuß, und **1000 Stück Reispfähle**, zu Floßwieden geeignet, öffentlich versteigert.

Stiftungs-Waldhüter Hermann zu Zwieselberg ist angewiesen, über die Eintheilung der einzelnen Lose nähere Auskunft zu geben. Rippoldsau, den 25. Januar 1870. Die Stiftungs-Commission. Frey.

Heiligenbilder

von **Heinrich Guntner** in Stuttgart. Reiche polychromatische Oelfarbbrücke auf Goldgrund. 1195.3.3.

Serie I. 8 Bilder. fl. 80 48 fr.
Serie II. 12 Bilder in Hochquart 1 fl. 48 fr. — fl. 80 1 fl. 12 fr.
Serie III. enthaltend 4 Bilder in Hochquart. 36 fr. — fl. 80 24 fr.

Immaculata von Engeln umgeben. Großes 40 15 fr., 80 11 fr.
Anbetung der Könige. Hochquart 9 fr. — fl. 80 6 fr.

Himmelskönigin. fl. 80 5 fr. Das Dugend 48 fr. Das 100 5 fl. 50 fr.

Billigere lithographirte Bilder in Farbdruck, colorirt und schwarz in 7 Sorten. Alle 536 Bilder zusammen 3 fl. 4 fr.

Bei Bestellung von mindestens 3 fl. franco, bei 6 fl. außerdem 10% Rabatt. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Die Bilder können auch bei jeder Buch- und Kunsthandlung bestellt werden. In Freiburg i. B. bei der literarischen Anstalt und **Ludw. Schmidt.**

Thee

in verschiedenen Sorten, als: **Pecco** superfein, **Pecco** mit und ohne Blüten, **Souchong** feinst, **Imperial**, **Gumpowder**, **Hassan**, **Hassanskin**, sowie feinste **Vanille** empfiehlt in frischer Waare und bester Qualität **Conradin Haagel**, Großherzoglicher Hoflieferant.

Lehrlings-Gesuch.

Ein gesitteter junger Mensch, der Lust hat, als **Seckerlehrling** in eine Stelle zu treten, kann Näheres hierüber im Bureau dieses Blattes erfahren.

St. Vincentius-Verein. Bitte.

Es geschehen an uns so viele Anfragen und Gesuche von Kranken, Presthaften, Altersschwachen u. um Aufnahme in unser **St. Vincentiushaus**, daß es unmöglich ist, bei dem beschränkten Raume Allen zu entsprechen. Eine Abweisung aber fällt schwer. Es hat sich deshalb der **St. Vincentius-Verein** entschlossen, mit Gottes Beistand und guter Menschen Beihilfe, neue Räume zu schaffen durch Erbauung eines dritten Stockwerkes auf dem bereits stehenden Hause bis zur Kapelle.

Wohl haben wir zur Ausführung einige Mittel; sie sind aber weitaus nicht hinreichend.

Wir wenden uns darum an alle Freunde unserer Anstalt und der christlichen Barmherzigkeit überhaupt, von Nah und Fern, an Alle, die „guten Willens“ sind, mit der Bitte, uns in unserem Unternehmen zu unterstützen durch milde Gaben, oder durch Abnahme von Actien in beliebigem Betrage, gegen eine Verzinsung zu 3 1/2 Procent, und unter Versicherung durch das Gesamtvermögen der Anstalt, noch mehr aber durch jene weit höhere des heil. Geistes: „Wer sich des Armen (die Kranken sind aber wohl die Vermittler) erbarmet, der leihet auf Bucher dem Herrn, Er wird's ihm hinwiederum vergelten.“ Spruch. Salom. XIX. 17. „Denn der Herr ist ein Vergelter und wird dir es siebenfach vergelten.“ Eccl. XXXV. 13. Denn er spricht: „Wahrlich, sag' ich euch, was ihr Einem meiner geringsten Brüder gethan habt, das habt ihr mir gethan.“ Math. XXV. 40.

Karlsruhe, in der Octav des heil. Vincentius von Paula 1869.

Der Vorstand
F. K. Hoell,
Erzb. Geistl. Rath und Oberstiftungsrath.

Posttheater in Karlsruhe.

Freitag 4. Februar. Erstes Quartal. 21. Abonnements-Vorstellung. Zum ersten Male wiederholt: **König Erich XIV.** Trauerspiel in 5 Akten von K. Robertstein.

Samstag 5. Febr. Erstes Quartal. 22. Abonnements-Vorstellung. **Der Berschwender.** Zauberoper in 3 Akten.

An Alle, die es mit der Wahrheit und Gerechtigkeit halten!

Die Tage, in denen wir leben, sind tiefsterne; noch mehr, es sind Tage einer hochwichtigen Entscheidung. Auf allen Gebieten gährt es und drängt es nach endlicher Klärung und bereitet sich vor eine Scheidung der Geister nach rechts und nach links. Wohin die Blicke sich wenden, überall zeigen sich Fragen, die zwar aufgeworfen, aber nicht gelöst sind; Fragen, die für die menschliche Gesellschaft und für jedes einzelne Glied derselben von höchster Bedeutung und folgenreichster Tragweite sind. So auf dem religiösen, so auf dem politischen, so auf dem nationalen, so auf dem sozialen Gebiete. Diese Sachlage erkennt Jeder, der mit zwei gesunden Augen in die Gegenwart hineinschaut. Was aber nicht Alle eben so klar erkennen, das ist, daß Jeder bei der Lösung dieser Fragen mitzuwirken berufen und verpflichtet ist, und daß jeder in der bevorstehenden Scheidung der Geister eine endgiltige Wahl zu treffen und eine feste Stellung für immer einzunehmen hat. Wäre diese Erkenntnis allgemein zum Durchbruche gekommen, wir hätten nicht so viele Unklarheiten in der Ueberzeugung, so viel Schwanken in der Haltung, so viel Halbheit im Handeln zu beklagen. Und doch ist die Klarheit, Festigkeit und Entschiedenheit unerlässlich nothwendig für Jeden, der in der ersten Stunde der Entscheidung nicht aus eigener Schuld zu Grunde gehen will. Die Feinde der Wahrheit und Gerechtigkeit haben diese Unklarheit und Unentschiedenheit vieler trefflich zu benutzen gewußt. Gewohnt, im Trüben zu fischen, haben sie mit der ihnen eigenen Schlaueit und Nüchternheit ihre verderblichen Grundsätze in zahlreichen Druckschriften in alle Volksschichten hineingetragen, so daß kaum mehr ein entlegenes Dorf zu finden ist, wozu diese papierenen Apostel des Unglaubens, des Umsturzes und der Anstiege nicht gedrungen wären. Der dadurch angerichtete Schaden ist unermesslich. — Aber noch ist der Sieg der Feinde Gottes und der Menschen nicht besiegelt, und noch ist es Zeit, freilich höchste Zeit, daß alle Freunde der Wahrheit und Gerechtigkeit sich aufrufen und begeistern zum ersten Kampfe für die höchsten und heiligsten Güter der Menschheit. Die Nachwelt wird uns segnen oder verurtheilen, je nachdem wir diesen Kampf muthig auskämpfen bis zum endlichen Siege oder ihm feige ausweichen bis zur schmachvollen Niederlage. — Was hier vor Allem noththut, ist Klarheit; Klarheit in Abwägung der Dinge, die vor unseren Augen geschehen; Klarheit in Erkenntnis des Zieles, das zu erreichen, und der Wege, die einzuschlagen sind; Klarheit auch in Beurtheilung der Segner und ihrer Bestrebungen. — Wenn nun eine Anzahl von Männern, die es mit dem Volke ehrlich meinen, von Grund des Herzens sich der Mühe unterziehen will, diese nothwendige Aufklärung in mehreren Druckschriften dem katholischen Volke zu verschaffen nach bestem Wissen und Gewissen; sollte ihre Stimme ungehört und unbeachtet verhallen, wie ein Mahnruf in der Wüste? — Nein! das katholische Volk wird schnell und sicher, wie immer seine wohlmeinenden Freunde von seinen heuchlerischen Feinden unterscheiden und dem Worte der Wahrheit und Gerechtigkeit Ohr, Aug' und Herz nicht verschließen. — Diese Ueberzeugung ist es, welche ein Unternehmen ins Leben rief, das unter dem Namen:

„Weckstimmen für das katholische Volk“

soeben vor die katholische Lesewelt hintreten will. — Was die „Weckstimmen“ wollen und sollen, das ist mit Beziehung auf das Obige kurz gesagt. Sie wollen die wichtigsten Zeitfragen in einer für Jedermann verständlichen Schreibweise klar und gründlich besprechen, und behrend und rathend allenthalben dahin wirken, daß die Sache des Rechtes und der Wahrheit zunächst im Einzelnen und dadurch in der Gesamtheit zum rechten Verständniß und zum endlichen Siege gelange. — Daß das Unternehmen diesem wichtigen Zwecke entsprechen werde, dafür bürgt der Umstand, daß eine Reihe von Volksschriftstellern geistlichen und weltlichen Standes, dem katholischen Volke schon länger bekannt und werth, ihre bewährte Mitwirkung zugesagt haben: voran der erklarte Liebling des deutschen katholischen Volkes **Alban Stolz**, dessen neueste Originalarbeit unter dem Titel: **Licht, Fortschritt, Freiheit**, angeknüpft von **Alban Stolz** das erste Heft der „Weckstimmen“ bilden wird. Es ist gewiß nicht zu viel gesagt: Was **Alban Stolz** befürwortet, das muß gut sein; und was er unterstützt, das muß gedeihen.

An die P. T. Herren Seelsorger, Vereinsvorstände und alle Jene, deren Beruf es ist, für die Belehrung und Leitung Anderer zu wirken, ergeht noch besonders die freundliche Einladung, sich des gebotenen Hilfsmittels zu bedienen und zur möglichst weiten Verbreitung dieser Schriften nach Kräften mitzuwirken. Wo der Feind so emsig Unkraut säet, da ist für die Freunde des Guten von selbst die Pflicht gegeben, den guten Samen mit beiden Händen ausstreuen zu helfen.

Von den „Weckstimmen“ erscheinen jährlich 12 Hefte, monatlich 1 Heft zu 2 Druckbogen 8. Preis aller 12 Hefte nur **80 Mkr.** = 15 Mgr., mit portofreier Zusendung 1 fl. = 20 Mgr. Die Pränumeranten erhalten sogleich mit dem ersten Hefte das neueste, wohlgetroffene Porträt Sr. Heiligkeit **Pius IX.** in seinem Stahlsche als **Prämie gratis.** — Die Abnehmer von 10 Exemplaren erhalten **1 Frei-Exemplar.**

Wien, im Januar 1870.

Carl Sartori,

im Namen des Redaktions-Komitees.

„Weckstimmen für das katholische Volk.“

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, den 2. Februar.

Staatspapiere.		Per comptant.		Wechsel-Cours.	
Österreich	5% Met. 1852 L. 100	—	—	10 1/2 %	—
	5% Met. 1859 do.	—	—	49 1/2 %	1/2 b u
	5% Met. v. 1865 1/2	—	—	75 1/2 %	—
	4% Met. v. 1865 1/2	57 1/2 %	1/2 %	73 1/2 %	—
	5% Met. v. 1865 1/2	—	—	73 1/2 %	—
	5% Met. v. 1865 1/2	—	—	101 1/2 %	—
	5% Met. v. 1865 1/2	—	—	95 1/2 %	—
	5% Met. v. 1865 1/2	—	—	85 1/2 %	—
	5% Met. v. 1865 1/2	—	—	256 %	255 %
	5% Met. v. 1865 1/2	—	—	79 1/2 %	1/2 b u
	5% Met. v. 1865 1/2	—	—	114 1/2 %	b u
	5% Met. v. 1865 1/2	—	—	153 b u	—
	5% Met. v. 1865 1/2	—	—	10 1/2 %	—
	5% Met. v. 1865 1/2	—	—	68 1/2 %	—
	5% Met. v. 1865 1/2	—	—	67 1/2 %	—
	5% Met. v. 1865 1/2	—	—	47 1/2 %	—
	5% Met. v. 1865 1/2	—	—	12 %	—

Druck von J. Großmann, Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.